

„Erfurter Erklärung“ DGS-Positionspapier zur „CO₂-Steuer“

Die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS) hat anlässlich ihrer Delegiertenversammlung am vergangenen Wochenende in Erfurt dieses Positionspapier zur aktuellen Diskussion der Einführung einer „CO₂-Steuer“ erarbeitet.

Hintergrund

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist in Deutschland in den vergangenen Jahren unterschiedlich verlaufen. Während im Strombereich inzwischen rund 40 % der Energie aus regenerativen Energien gewonnen werden, hat sich im Wärme- und Verkehrsbereich nur wenig bewegt. Die Klimaziele der Bundesregierung und die Pariser Klimaziele für 2030 können nur erreicht werden, wenn jetzt schnell konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Dazu sollte der Ausstoß von allen Klimagasen finanziell belastet werden. Gleichzeitig sollten Maßnahmen zur Energieeinsparung sowie der Einsatz erneuerbarer Energietechniken so sehr begünstigt und gefördert werden, dass eine deutliche Lenkungswirkung entsteht. Das Ziel muss ein nachhaltiges Wirtschaftssystem in allen Sektoren wie Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft und Energiewirtschaft sein. Die Zeit drängt, der Klimawandel hat bereits massiv eingesetzt und droht unsere europäische Kultur und Zivilisation zu zerstören.

DGS stellt sich hinter die Forderung, rasch eine „CO₂-Steuer“ in Deutschland einzuführen.

Dabei sollen nicht nur die CO₂-Emissionen, sondern alle Treibhausgase gemäß ihrer Klimaschädlichkeit bepreist werden (CO₂-Äquivalente). Wichtig ist dabei, dass für diese Abgabe bzw. Steuer alle Emissionen (außer dem bereits europäisch geregelten Emissionshandel für CO₂) ausnahmslos einbezogen werden. Die Höhe der CO₂-Steuer wird derzeit öffentlich in einer Bandbreite zwischen 25 und 500 Euro pro Tonne diskutiert. Die DGS hat sich hierzu positioniert:

Die DGS fordert einen CO₂-Preis in Höhe von 180 Euro pro Tonne.

Der Wert von 180 Euro/Tonne CO₂ wurde vom Umweltbundesamt als Geldbetrag für das Jahr 2016 in Deutschland ermittelt, der den Klimaschaden einer emittierten Tonne CO₂ beschreibt (1). Dieser Wert ist auch seitens „Fridays for Future“ und „Scientists for Future“ Konsens (2, 3). Auch wenn kurzfristig bei der Einführung der Steuer in Stufen mit einem geringeren Startbetrag begonnen werden sollte, ist klar, dass ein geringerer Wert kaum die gewünschte Lenkungswirkung entfalten kann. Der Wert von 180 Euro pro Tonne CO₂-Äquivalente muss später noch weiter gesteigert und auch auf die anderen Klimagase entsprechend angewendet werden.

Wichtig für die politische Ausgestaltung ist aber auch, dass die Einnahmen aus der CO₂-Steuer nicht in den allgemeinen Steuereinnahmen „verschwinden“, sondern aufkommensneutral an die Bevölkerung zurückgeben werden, da sonst eine politische Umsetzung gefährdet ist. Dabei sollte ein Modell (z.B. ähnlich der Ausgestaltung in der Schweiz) gewählt werden, um sicherzustellen, dass dadurch keine neuen sozialen Probleme erzeugt werden. Menschen, die sich klimaschädlich verhalten (u.a. Vielflieger), werden somit mehr durch die CO₂-Steuer zahlen als sie am Ende wieder zurückerhalten. Im Gegenzug würde Klimaschutz dann zukünftig entsprechend belohnt, indem die CO₂-Steuer-Rückvergütung ein zusätzliches Einkommen generieren kann.

Zahlreiche Länder wie die Schweiz, Kanada und Schweden sowie auch weitere europäische Staaten haben bereits eine CO₂-Steuer erfolgreich eingeführt. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) fordert aktuell die weltweite Einführung einer CO₂-Steuer (4). Eine Möglichkeit, das Verhalten von Verbrauchern und Firmen hin zu klimafreundlicherem Verhalten zu steuern und damit die Klimaziele noch zu erreichen, ist die derzeit diskutierte CO₂-Steuer. Der CO₂-Ausstoß pro Kopf in Deutschland beträgt derzeit rund 8,9 Tonnen pro Jahr (5, 6), dieser Wert muss schnell (bis 2030) auf 2,3 Tonnen pro Jahr reduziert werden.

Perspektive

Mit einer Besteuerung des CO₂ kann ein einfaches Werkzeug angewendet werden, welches direkt die Klimaschädlichkeit abbildet. Perspektivisch wird die Erhöhung der CO₂-Steuer dazu führen, dass viel Bürokratie bis hin zu Förderprogrammen entfallen kann. Klimaschädliches Verhalten wird teuer, Erneuerbare Energien sind nicht nur die ökologische, sondern auch die ökonomische Antwort.

Weitere Forderungen

Die Einführung einer CO₂-Steuer ersetzt nicht die Umsetzung eines Kohleausstiegs- und eines Klimaschutzgesetzes. Unabhängig von der CO₂-Steuer muss die Energiewende auch in anderen Bereichen politisch flankiert werden. Falls in speziellen Feldern (z.B. beim Flugverkehr wegen internationaler Abkommen) keine CO₂-Steuer möglich sein sollte, müssen dort andere Maßnahmen ergriffen werden.

Die Einführung einer CO₂-Steuer ersetzt auch nicht den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Techniken dafür stehen bereits erprobt und jetzt auch günstig zur Verfügung, um in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr die Energiewende umzusetzen.

Den Vorschlag, statt einer CO₂-Steuer die Bereiche Wärme und Verkehr in den europäischen Emissionshandel (ETS) einzubeziehen, lehnen wir ab. Zum einen, weil es (laut wissenschaftlichem Beirat der Bundesregierung) nicht möglich ist, zum anderen, weil der aktuelle Emissionshandel erst nach über einem Jahrzehnt und mehrfachem strukturellen Umbau wirksam geworden ist. Für die europäische Abstimmung einer ETS-Änderung und eine lange Einführungsphase fehlt schlicht die Zeit.



Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V.
International Solar Energy Society, German Section

Die DGS

Die DGS setzt sich seit 1975 für die Energiewende ein. Unser Ziel ist, dass unsere Energieversorgung bis zum Jahr 2040 vollständig auf Erneuerbare Energien umgestellt wird. Für die DGS steht bei dieser Transformation die Nutzung der Sonnenenergie im Mittelpunkt. Als technisch-wissenschaftlicher Verein mit rund 2.700 Mitgliedern bieten wir umfangreiche Expertise und technische Lösungen für viele Bereiche der Energiewende an.

Weitere Informationen zur DGS: www.dgs.de

Fragen zu diesem Hintergrundpapier bitte per Mail direkt an info@dgs.de

Quellen

(1) www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen#textpart-1

(2) www.fridaysforfuture.de

(3) www.scientists4future.org

(4) www.zeit.de/wirtschaft/2019-05/klimaschutz-iwf-co2-steuer-kraftstoffe-pariser-klimaabkommen

(5) https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Länder_nach_CO2-Emission

(6) Der gesamte Ausstoß an Treibhausgasen pro Kopf liegt in Deutschland derzeit rund 9,1 Tonnen pro Jahr.

Ansprechpartner

Zu diesem Positionspapier:

Jörg Sutter (Vizepräsident)

Tel. 07231-6038201

sutter@dgs.de

Für die Presse:

Matthias Hüttmann (Pressesprecher DGS)

Tel. 0911 / 376 516 30

presse@dgs.de

Für „Fridays for Future“:

Vivian Blümel (Vizepräsidentin DGS und Beauftragte für „Fridays for Future“)

Tel. 03643 / 211026

bluemel@dgs.de